



#dieschmidt

der newsletter

19.06.2020

**Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,**

letzte Woche habe ich in einer Sonderausgabe des Newsletters über das im Koalitionsausschuss beschlossene Konjunkturpaket berichtet ([hier geht es zum SCHMIDT EXTRA als PDF](#)). Diese Woche haben wir die entsprechenden Gesetze im Bundestag auf den Weg gebracht. Mit insgesamt 130 Milliarden Euro setzen wir damit das größte Konjunkturprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik in Gang. Ein Programm für Familien, für Kommunen, für Auszubildende, für kleine und mittelständische Unternehmen, für die Kultur und für die Umwelt. Es ist auch ein Programm, das ganz klar eine sozialdemokratische Handschrift trägt: Wir senken die Mehrwertsteuer um 3 Prozent bis Jahresende und den Strompreis dauerhaft. Deshalb geben wir in den Jahren 2021 und 2022 einen Zuschuss von 11 Milliarden Euro zur Senkung der EEG-Umlage. Und wir modernisieren unser Land, investieren in die Energie- und Mobilitätswende, in die Digitalisierung und in die soziale Infrastruktur – zum Beispiel in Kitas und Schulen. Wir sichern Arbeit und Ausbildungsplätze, stärken die Kaufkraft der Bürgerinnen und Bürger und stellen Überbrückungshilfen dort bereit, wo sie am dringendsten gebraucht werden.

Freizügigkeit ist eine zentrale Errungenschaft der Europäischen Union – für Familien, für Freundinnen und Freunde, für den Tourismus, für die Warenwirtschaft und Dienstleistungen und für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ob es die polnische Pflegerin im Privathaushalt ist oder der portugiesische Maurer auf der Großbaustelle: viele Menschen aus dem europäischen Ausland arbeiten bei uns in Deutschland. Als zuständige Berichterstatteerin habe ich gestern im Bundestag zur Entsenderichtlinie gesprochen ([hier meine Rede](#)). Mit dem gestern beschlossenen Gesetz verbessern wir die Arbeitsbedingungen für diejenigen, die aus dem EU-Ausland nach Deutschland kommen, um hier zu arbeiten und schützen unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Dumpinglöhnen. [...weiterlesen](#)

Die schrecklichen Taten sexualisierter Gewalt wie in Münster verdeutlichen einmal mehr: Sexuelle Gewalt an Kindern ist leider für viele traurige Realität. Es ist gut, dass wir mit dem gestern verabschiedeten Gesetz gegen Hass und Hetze im Netz (s. unten) auch die Anzeigepflicht bei Kindesmissbrauch ausgeweitet haben. Der Ruf nach härteren Strafen reicht hier aber nicht aus. Vielmehr brauchen wir schon heute eine konsequente Anwendung des bestehenden Strafrechts und gute Ermittlungsarbeit. Genauso wichtig sind aber auch Prävention und starke Kinderrechte – auch im Grundgesetz. Die Rechte von Kindern müssen gestärkt und das Kindeswohl noch stärker in den Mittelpunkt gerückt werden. Von Gewalt betroffene Kinder müssen wir schützen.

Seit Dienstag gibt es die deutsche Corona-Warn-App. Es ist gut, dass wir jetzt eine App mit dezentralem Ansatz haben, so wie es die SPD-Bundestagsfraktion mit vielen Expertinnen und Experten von Anfang an gefordert hat. Das Ergebnis ist eine vertrauenswürdige, datenschutzkonforme und sichere App, die ein wichtiger Baustein zu weiteren Eindämmung der Corona-Pandemie ist. Je mehr Menschen in Deutschland die App nutzen, desto besser können wir Infektionsketten verfolgen und unterbrechen. Selbstverständlich gilt auch weiterhin: Abstand halten, regelmäßig Händewaschen und Mund-Nasen-Schutz tragen. So können wir es gemeinsam schaffen, die Corona-Pandemie weiter einzudämmen. Über die Corona-Warn-App spreche ich am Montag, 06.07.2020 mit dem digitalpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Jens Zimmermann, MdB, in einer digitalen Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung. Zu diesem Austausch, in dem es auch um andere digitale Herausforderungen und Chancen der Corona-Pandemie gehen wird, lade ich Sie/Dich herzlich ein. Den Link zur Veranstaltung erhalten Sie / erhältst Du nach Anmeldung unter dagmar.schmidt@bundestag.de.

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt, MdB



Gegen Hass und Hetze im Netz

Der größte Teil der Hetze im Internet kommt von Rechtsextremisten und Rassisten, die Menschen einschüchtern und Angst verbreiten. Mehr als drei Viertel aller von der Polizei registrierten Hasskommentare sind rechtsextremistisch. Im Schnitt kommt es jeden Tag zu zwei rechtsextremistischen Gewalttaten in unserem Land. Das gesellschaftliche und politische Klima hat sich grundlegend verändert. Rassismus und Rechtsextremismus führen zu Hass. Hass führt zu Bedrohungen und diese Bedrohungen führen zu Gewalt. Wir Demokratinnen und Demokraten tragen die Verantwortung, Hass und Gewalt zu stoppen. Mit einem gestern verabschiedeten Gesetz wollen wir Hetze und Bedrohung im Netz härter und effektiver bekämpfen. Dafür haben wir das Strafrecht verschärft. Und schützen insbesondere Kinder und Frauen, denn sie sind am häufigsten Opfer von Bedrohungen, Hass oder sexualisierter Gewalt im Netz. [...weiterlesen](#)



Für internationale Solidarität

Entwicklungsländer trifft die Corona-Pandemie besonders stark. Für viele Menschen ist es schwer bis unmöglich sich an die bei uns mittlerweile selbstverständlichen Abstands- und Hygienemaßnahmen zu halten. Auch ist die dortige Wirtschaft nicht auf das mobile Arbeiten ausgelegt. Wer sein Geld auf dem Markt verdient, kann auch zu Zeiten von Corona nicht zuhause bleiben. Gleichzeitig fehlen in den meisten Entwicklungsländern soziale Sicherungsmechanismen, wie zum Beispiel Arbeitslosengeld oder die Grundsicherung. Es fehlen die finanziellen Mittel, um die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Pandemie aus eigener Kraft zu überwinden. Damit droht die Pandemie die Zukunftschancen der Ärmsten der Armen auf lange Sicht zu beeinträchtigen. Das verschärft die armutsbedingten Missstände wie Hunger, Kindersterblichkeit oder Krankheiten. [...weiterlesen](#)



Für Reisende und die Tourismusbranche

Auch wenn am Montag die Reisewarnung des Auswärtigen Amtes für alle EU-Staaten, Großbritannien, die Schweiz, Norwegen, Island und Liechtenstein aufgehoben wurde, sind Urlaubsreisen immer noch nicht problemlos möglich. Auch gelten weiterhin Reisewarnungen für andere Regionen der Welt. Das hat massive Auswirkungen insbesondere auf die Reise- und Tourismuswirtschaft. Reiseveranstalter und Reisevermittler stehen unverschuldet vor einer großen Welle von Rückzahlungsforderungen der Kundinnen und Kunden, die ihre Reisen nicht antreten konnten, was insbesondere für Reiseveranstalter teilweise existenzbedrohende Liquiditätsengpässe bedeutet. Wer aber coronabedingt in Kurzarbeit geht oder arbeitslos ist, steht auch vor erheblichen Einkommensverlusten und schwindenden finanziellen Rücklagen. Eine Erstattung der Vorauszahlungen kann daher für viele Reisende sehr wichtig sein. Mit einem am Mittwoch in erster Lesung im Bundestag beratenen Gesetz, haben wir einen Kompromiss gefunden, der einen Interessensausgleich beider Seiten herstellt. [...weiterlesen](#)



Für europäische Solidarität

Einige europäische Länder wurden sehr viel heftiger von der Krise getroffen als wir. Die EU hat bereits Finanzhilfen als Kredite auf den Weg gebracht, nun haben sich die Mitgliedstaaten auch auf ein Programm zur Unterstützung der Arbeitsmärkte geeinigt. Ihnen soll geholfen werden, mit Kurzarbeit oder vergleichbaren Instrumenten die negativen wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie abzufedern. Damit die Europäische Kommission Kredite aufnehmen kann und diese mit günstigen Konditionen an Mitgliedsstaaten weitergeben kann, die damit ihren Arbeitsmarkt stabilisieren, Arbeitsplätze sichern und Erwerbstätige schützen können, hat der Bundestag gestern das SURE-Gewährleistungsgesetz verabschiedet. Es regelt in welchem Rahmen Mitgliedsstaaten – entsprechend dem Anteil am Bruttonationaleinkommen der Union – Garantien für dieses Instrument abgeben. Das SURE-Programm ist ein wichtiges Instrument, um die Zukunftsfähigkeit Europas sicherzustellen – und die gibt es für uns alle nur als Gemeinschaft. Das gilt auch für Deutschland. Denn ohne Europa haben wir zwischen China und den USA weder ökonomisch noch in Bezug auf unsere freie und soziale Gesellschaft eine Chance.



Für unseren Wirtschaftsstandort

Wenn außereuropäische Investorinnen und Investoren deutsche Unternehmen übernehmen, kann das negative Auswirkungen auf unseren Wirtschaftsstandort haben. Insbesondere der Abfluss sensibler Technologien und eine Stärkung unter anderem chinesischer Einflussnahme können dabei problematisch sein. Mit einem gestern verabschiedeten Gesetz wird der Verkauf von Unternehmen an außereuropäische Erwerber zukünftig mit neuen und deutlich strengeren Maßstäben durch das Bundeswirtschaftsministerium geprüft. Nicht zuletzt die Diskussionen um geplante chinesische Übertragungsnetzbetreiber 50Hertz oder der Erwerb des Roboterherstellers Kuka durch chinesische Investorinnen und Investoren hat die Notwendigkeit einer Investitionsprüfung stärker in den öffentlichen Fokus gerückt. [...weiterlesen](#)



Für mehr erneuerbare Energien

Nach monatelangen und schwierigen Verhandlungen mit der Union gehen wir diese Woche endlich einen großen Schritt beim Ausbau der erneuerbaren Energien nach vorne: Wir schaffen die Deckelung beim Ausbau des Solarstroms ab, wir beschließen Regeln für Windkraftanlagen, die den Ausbau nicht weiter blockieren und wir vereinheitlichen das Energierecht für Gebäude. [...weiterlesen](#)